

## Asoziales Verhalten



Bis auf Lebensmittelgeschäfte, haben die meisten anderen geschlossen. Die Mitarbeiter müssen sich mit Kurzarbeitergeld begnügen. Richtig viel zu tun haben hingegen die Mitarbeiter der Lieferdienste. Auch am Wochenende sind sie unterwegs und reichen einem die Pakete mit lang ausgestrecktem Arm entgegen und den Worten: „Sie brauchen nicht zu unterschreiben.“ Selbst Trinkgeld zu geben, ist kaum möglich, weil sie so schnell wieder weg sind.

Dass die Kriminalitätsrate bei Taschendiebstählen und Wohnungseinbrüchen stark zurückgegangen ist, weil kaum noch jemand unterwegs und demzufolge zu Hause ist, ist erfreulich. Dafür tun sich ganz andere Quellen auf. Der beliebte Enkeltrick ist nicht totzukriegen. Jetzt sitzt der Enkel nicht im Ausland fest und hat kein Geld für die Rückreise, sondern befindet sich natürlich in Corona- Quarantäne. Und an der Tür klingeln nun Leute in Schutzanzügen, die vorgeben, vom Gesundheitsamt zu sein und in die Wohnung zu müssen. Wenigstens stecken sie die alten Menschen nicht an, wenn sie ihre Wohnung ausrauben.

Ganz legal, aber dennoch asozial, sind andere Methoden, um aus der Krise Kapital zu schlagen. Viele, gerade ältere Menschen, lassen sich mehr als sonst nach Hause liefern. Dabei sollte man die Preisvergleiche nicht aus den Augen verlieren. Ein Beispiel: Die Tempo-Taschentücher-Box kostet im Laden und im Lieferservice der EDEKA 1,50 Euro bzw. im Zweiergebilde 2,99 Euro. Bei Amazon zahlt man für das Dreiergebilde 13,99 Euro, also 4,66 Euro pro Box. Und ein Händler aus Sachsen verlangt stolze 33,99 Euro für das Dreiergebilde, also 11,33 Euro pro Box mit 80 Taschentüchern. Es geht wirklich nichts über einen ausgeprägten Geschäftssinn. Am Ende der Corona-Krise wird es viele neue wohlhabende und viele alte noch ärmere Menschen geben.

Es ist nicht so, dass alle Vermieter Heuschrecken sind. Die meisten werden ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung gerecht. Denn beim Vermieten von Wohnungen geht es, wie der Regierende Bürger-

meister **Michael Müller** richtig sagte, um Menschen. Wohnungen sind keine Ware. Wenn jetzt aber keine Kündigungen ausgesprochen werden, weil jemand mehr als zwei Monate seine Miete nicht zahlen kann, handelt es sich hier um eine aufgeschobene nicht aufgehobene Zahlung.

„Mieter müssen selbstverständlich ihre Miete zahlen. Falls sie tatsächlich infolge der Krise in ernsthafte Zahlungsschwierigkeiten geraten, kann ihnen lediglich für einen begrenzten Zeitraum nicht gekündigt werden.“ wird Bundesjustizministerin **Christine Lambrecht** (SPD) in WELT Online zitiert. Und es gilt: „Wer mit den Zahlungen in Rückstand gerät, hat bis Ende Juni 2022 Zeit, um die ausstehenden Mieten zu begleichen. Dafür kann der Vermieter in der Regel vier Prozent Verzugszinsen in Rechnung stellen.“, schreibt SPIEGEL online.

Die Unternehmen Adidas, Deichmann und H&M wollen für ihre Läden vorerst keine Miete mehr bezahlen, weil ihre Geschäfte geschlossen sind. „Deshalb haben wir auch in Deutschland in der letzten Woche alle unsere Vermieter darüber informiert, dass wir die Zahlungen bis zur Klärung der Sachlage aussetzen“, schreibt eine H&M-Sprecherin auf SPIEGEL-Anfrage. Klärung der Sachlage? „Es handelt sich hier um eine präventive Maßnahme, um die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit des Unternehmens zu erhalten“, teilt Deichmann mit. Und was ist mit der wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit des Vermieters? Strom und Heizung müssen doch auch weiterhin bezahlt werden. Und was ist mit den Mitarbeitern? Adidas sei mit „den betreffenden Vermietern in engem Austausch.“ Und Deichmann hat auch gleich einen Lösungsvorschlag und erwartet „von den politisch Verantwortlichen, dass die durch die Zwangsschließungen entstehenden Mietschäden für die beteiligten Vertragsparteien ersetzt werden.“

Die Justizministerin findet klar Worte für das Verhalten der Unternehmen: „Wenn jetzt finanzstarke Unternehmen einfach ihre Mieten nicht mehr zahlen, ist dies unanständig und nicht akzeptabel“, sagte sie am Samstag. Die Corona-Hilfsgesetze böten dafür keine Grundlage. Quelle: SPIEGEL online - Bei Privatpersonen ist ziemlich schnell herauszufinden, ob sie tatsächlich in wirtschaftliche Not geraten sind. Bei den Unternehmen sollte man sich Zeit nehmen, um die Vermögenswerte zu erfassen und ob eine Aussetzung der Mietzahlungen gerechtfertigt ist. Verkehrsminister **Andreas Scheuer** findet das Vorgehen von Adidas unsolidarisch, denn „Adidas habe große Gewinne gemacht.“ Ich bin enttäuscht von Adidas. Ich bin sehr enttäuscht“, sagte Scheuer der „Bild“. Die Ankündigung des Unternehmens sei „eine völlig inakzeptable Botschaft“.

**Ed Koch**